



HESSISCHER LANDTAG

25. 08. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sofortprogramm Hitzeschutz

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt mit Bestürzung zur Kenntnis, dass nach Schätzungen des RKI bis zum 6. August bereits 1.650 Menschen in Hessen an den Folgen der Hitze im laufenden Jahr verstorben sind. Eine Hitzewelle dieser Art ist bisher in der Geschichte Hessens einzigartig, die Folgen sind dramatisch. Da Hitzeereignisse keine Ausreißer mehr sind, sondern die neue klimatische Realität darstellen, führt ein Wegsehen ohne langfristige Investitionen absehbar in jedem Sommer zu vermeidbaren Todesfällen und kollabierenden Versorgungsstrukturen.
2. Der Landtag erkennt an, dass die langandauernden Hitzeperioden aufgrund der menschengemachten Klimaveränderungen eine dauerhaft wiederkehrende Gesundheitsgefahr für die Menschen in Hessen sind.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Gesundheits- und Sozialsysteme auf derartige Extremlagen nicht ausreichend vorbereitet sind und weitere Unterstützung brauchen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, ein Sofortprogramm Hitzeschutz für Kindertageseinrichtungen, Schulen, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie andere vulnerable Gruppen auf den Weg zu bringen, um die Menschen vor der Hitze zu schützen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Investitionen zum Klimaschutz und -anpassung in die Landesrahmenverträge aufzunehmen, energetische Sanierungen als betriebsnotwendige Investitionen im Sozialrecht zu verankern und ein eigenständiges Programm aufzulegen, das auf die besonderen Bedürfnisse der Sozialwirtschaft zugeschnitten und mit anderen Förderungen kombinierbar ist.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Kommunalrichtlinie Energie zu überarbeiten oder ein neues Förderprogramm auf den Weg zu bringen und mit ausreichend Mitteln auszustatten, damit Kommunen Hitzeschutzmaßnahmen in Krankenhäusern, Seniorenheimen, Kindertageseinrichtungen sowie Schulen umsetzen können.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich ihrer bundesgesetzlichen Pflicht zur Veröffentlichung einer Klimaanpassungsstrategie nachzukommen und ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Klimagesetzes zurückzuziehen.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Hitzefrei-Erlass zu einem verbindlichen Hitzeschutzkonzept für Schulen umzugestalten.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung für die Verankerung der Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz im Grundgesetz einzusetzen. So würde den Kommunen eine verlässliche und planbare Finanzierung geboten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. August 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)